



22 UHR IN ARD UND ZDF

Video: „Schlussrunde der Spitzenkandidaten“ mit Gauland

Wir möchten unsere Leser schon jetzt auf die [„Schlussrunde der Spitzenkandidaten“](#) heute Abend um 22 Uhr in ARD und ZDF hinweisen. An der Talk-Sendung nehmen die Spitzenvertreter der sieben Parteien teil, die laut Umfragen die Aussicht haben, in den kommenden Bundestag gewählt zu werden. Also auch die AfD, die [laut letzten Umfragen](#) deutlich als drittstärkste Kraft in den Bundestag einziehen wird. Für die „Blauen“ wird Spitzenkandidat Alexander Gauland in den Talk-Ring steigen und wie immer einem gleichgeschalteten Kartell der Altparteien-Vertreter gegenüber stehen (Ursula von der Leyen, CDU, Manuela Schwesig, SPD, Joachim Herrmann, CSU, Katrin Göring-Eckardt, Grüne, Sahra Wagenknecht, Linke, Christian Lindner, FDP). Hinzu kommen mit Bettina Schausten (ZDF) und Tina Hassel (ARD) zwei Moderatorinnen, die sicherlich alles andere als neutral durch die 90 Minuten führen werden. Wie solche Talksendungen von den TV-Redaktionen politisch korrekt gesteuert werden – vom ausgewählten Klatschpublikum bis zum gezielten Unterbrechen von Teilnehmern, die vom Mainstream abweichen – hat die frühere Tagesschau-Sprecherin Eva Hermann [in einem neuen Video](#) anschaulich dargelegt.



Laut Gedacht #51: Best of Bundestagswahl

Der Bundeswahlleiter lässt verlauten, dass geplanter Wahlbetrug gefundenes Fressen für die Rechten sei, auch wenn es nur ein Fake ist. Und wer hätte es vermutet: Die Altparteien haben tatsächlich gemeinsame Ziele mit der AfD. Außerdem im Programm von [„Laut Gedacht“](#) Folge 51 gibt es Promi Gossip mit Sophia Thomalla und Lena Meyer Landrut.



Wenn Eliten durchdrehen – kein rein deutsches Dilemma!

Von DR. HANS-PETER RADDATZ | Kurz vor der Bundestagswahl ist an einige Polit-Routinen zu erinnern, die für psychotisches Verhalten der „Verantwortlichen“ sorgen können.

Zum Beispiel sind Ignoranz und Grausamkeit zeitlose Merkmale für Machthaber, die aus dem Ruder laufen. Da in der Geschichte noch niemand dieser Regel entgangen ist, trifft sie auch auf die sowjetisierte Politik der EU und der angeschlossenen Staaten zu. Deutschland macht hier keine Ausnahme, sondern ist aufgrund des linkradikalen Schubs seit der Wiedervereinigung eher zur führenden Kraft geworden, was bei der gesamtdeutschen, rotbraunen „Tradition“ kaum überraschen kann.

Da der Mechanismus zeitunabhängig ist, läuft er auch auf immer gleiche Weise ab. Um der deutschen Einheitspartei, bestehend aus Regierung und Opposition (also ex AfD), Raum zu unauffälliger Radikalisierung zu geben – ablesbar am Weg von Zwangszuwanderung zur Immigrantenv-Invasion – wurde das Volk seit den 1970er Jahren in der Gebetsmühle des „Kulturdialogs“ auf drei wesentliche Aspekte hin dressiert.

Sie beruhen auf a) Minimierung der Bildung, damit die eigene Situation nicht begriffen wird, b) Maximierung der Steuern, damit die steigenden Arbeits- und Abgaben-Lasten zusätzlich die Initiative lähmen, c) eine Propaganda, die beides verbindet und dem Volk ein schizophrenes Denken eintrichtert, d.h. die Menschen, die immerhin auch Wähler sind, sollen einer Regierung vertrauen, die sie als Feind betrachtet.

Verfall des Rechtsstaates

Denn was immer an Kritik hochkommt, erscheint den „Verantwortlichen“ als „Hassrede“ zwischen Populismus, Rassismus, Parasitismus etc. Mit dieser von den Nazis abgekupfert, völkischen Politik geht ein Verfall des Rechtsstaats einher, der sich vom Altvolk als „Souverän“ radikal trennt und durch das Hereinpumpen von Muslimen ersetzt. Folgerichtig gehören sie nicht nur zu Deutschland, sondern besetzen das Land mit enormer Unterstützung von Bürokratie und „humanen“ Institutionen. Sie wurden über die Jahre selbst von staatsfeindlichen Kräften unterwandert und von den zahllosen Meinungspanzern überrollt, die man auch

Think Tanks nennt. So haben sie wenig dagegen, dass nun die Jagd auf die Bevölkerung eröffnet ist, wobei auch die Justiz mitspielt und fast alle Augen zudrückt.

Da nur die „Hassredner“ widersprechen und aus allen Institutionen, angeführt von den Medien und Universitäten, die Einheits- Propaganda des islamischen „Friedens“ kommt, befindet sich Deutschland bereits mitten im dritten Totalitarismus. Dem hat man dank der neuen Leitkultur nach Rot und Braun längst die Farbe Grün verliehen, wobei allerdings über das mediale Plakative oft das brutale Islamische vergessen wird.

Damit kommt die Grausamkeit ins Spiel. Sie ist unverzichtbare Funktion totalitärer Politik und erfordert entsprechend talentierte Akteure, deren wichtigste – Merkel und Schulz – im TV-Vorwahl-„Duell“ (4.9.) dem deutschen Wahlvolk ihre Eignung zu dessen Verdrängung vorstellten. Erstere betonte, im Immigrantenschwall alles richtig gemacht zu haben, „weil es Menschen sind, die zu uns kommen“. Ihr „Kontrahent“ konnte dem nur zustimmen: „Der Islam ist eine Religion wie jede andere“.

TV-Duell Merkel/Schulz als Scheingefecht

Die „Duellanten“ führen natürlich ein Scheingefecht, weil sie als Angehörige der Einheitspartei mit dem Islam-Vehikel das sozialistische Ziel der Beseitigung des bürgerlichen Rechtsstaats verfolgen. Den trägt die Toleranz zu Grabe, indem sie Individualrechte wie Religionsfreiheit und Asyl ganz einfach im Millionen-Paket vergeben, ohne im Geringsten behindert zu werden. Da die herrschende Klasse auch die Umfragen kontrolliert, sind die Merkel-Werte so hoch, dass sie dazu auffordern könnten, nach der Wahl – neben dem Familien-Nachzug – die [nächste invasionsstufe zu zünden](#).

Die obsessive Qualität dieser „Politik“ mag die rechtsfreie Energie erklären, mit der die Akteure die religionsfreien und – jungen – Muslime einsetzen, denn deren erste Pflicht ist es,

im Euro-„Feindesland“ die vogelfreien Ungläubigen, wo man sie treffen kann, zu bekämpfen. Da sie im Rundum-Kokon der Willkommens-Ideologie umsorgt werden, sehen viele von ihnen das Gesamt-Szenario als wundersame Fügung Allahs, der sie auffordert, ihren Beitrag mit korangerechter Gewalt zu leisten.

Abgesehen davon, dass eine solche Politik psychopathische Züge annimmt, wenn sie bei ihrer inhumanen Linie unbeirrbar bleibt, kann sie äußerst problematische Perspektiven öffnen, die endgültig in den Willkürstaat führen. Dies lässt sich leicht bewirken, indem man etwaigen Widerstand schlicht zum Grund erklärt, die Notstandsgesetze zu aktivieren. Solches könnte kaum überraschen, weil Entscheidungen gegen den Bürgerstaat fast zur Routine des Bundesverfassungsgerichts gehören, das mit loyalen Parteisoldaten besetzt ist und – speziell im EU-Prozess – die Souveränität des Staates nachhaltig durchlöchert hat.



Dr. Hans-Peter Raddatz (* 18. August 1941 in Koblenz) ist ein deutscher Orientalist, Volkswirtschaftler, Berater und Publizist. Er ist durch seine islamkritischen Schriften hervorgetreten. Hier eine kleine Auswahl:

- Von Gott zu Allah? Christentum und Islam in der liberalen Fortschrittsgesellschaft. Herbig-Verlag, München 2001, 3., überarbeitete Auflage 2005, ISBN 3-7766-2212-1
- Von Allah zum Terror? Der Djihaad und die Deformierung des Westens. Herbig, München 2002, ISBN 978-3-7766-2289-8

- Allahs Schleier – die Frau im Kampf der Kulturen. Herbig, München 2004, ISBN 3-7766-2366-7.
 - Die türkische Gefahr? Risiken und Chancen. Herbig, München 2004, ISBN 3-7766-2392-6.
 - Allahs Frauen – Djihad zwischen Scharia und Demokratie. Herbig, München 2005, ISBN 3-7766-2448-5.
 - Allah und die Juden – Die islamische Renaissance des Antisemitismus. wjs, Berlin 2007, ISBN 978-3-937989-26-6.
 - Allah im Wunderland: Geld, Sex und Machteliten. Western Orient Institute 2009, ISBN 978-3-00-026269-2.
-



Tübingen: Geduldeter Syrer wollte Zehnjährige vergewaltigen

Von JOHANNES DANIELS | Wer schützt die tatsächlich Schutzbedürftigen vor den „Schutzbedürftigen“? Die täglichen „nur regional relevanten“ Umvolkungsdelikte und Kollateralschäden an der Bevölkerung nehmen in erschreckendem Maße zu. Sie bedrohen nicht nur Joggerinnen und Rentnerinnen, die zum „falschen Zeitpunkt am falschen Ort waren“ sondern in erschreckendem Ausmaß auch unsere Kinder. Die Staatsanwaltschaft Tübingen hat [Anklage bei der „Große Jugendkammer“](#) gegen einen fast noch jugendlichen 37-jährigen

syrischen Asylbewerber aus Rottenburg wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern erhoben.

28 Zentimeter langes „Ausbeinmesser“ gegen Zehnjährige

Der Gast der Bundesregierung fuhr laut Staatsanwaltschaft ein Mädchen mit dem Fahrrad an, packte es und zerrte es dann in einem Heuhaufen ([PI-NEWS berichtete](#)). Nur durch die Schreie des Mädchens ließ der 37-Jährige von ihr ab. Nach bisherigen Erkenntnissen begegnete der Syrer, der sich seit Februar 2014 in Deutschland befindet, am Nachmittag des 22. Juni auf dem Radweg bei Hirschau dem Mädchen.

Er soll ihr hinterhergefahren sein, ihr zunächst über den Rücken gestreichelt haben und dann gezielt mit seinem Fahrrad in ihres gefahren sein. Das dadurch gestürzte Mädchen soll er sofort gepackt, bei einem Gebüsch in einen Heuhaufen gedrückt und festgehalten haben. Der 37-jährige Schutzbedürftige, der laut Staatsanwaltschaft ein rund 28 Zentimeter langes Ausbeinmesser mit sich führte, soll sich auf die 10-Jährige gelegt und sie im Genitalbereich berührt haben.

Durch die lauten Rufe des Mädchens kamen couragierte Passanten dem Mädchen zu Hilfe, darunter ein zufällig vor Ort befindlicher Polizeibeamter. Sie überwältigten den geduldeten Asylbewerber trotz des „Ausbeinmessers“, der daraufhin die Kulturanreicherung unterbrechen musste.

Eine vielseitig begabte Merkel-Fachkraft

Die Haftrichterin am Amtsgericht Tübingen stellte bei dem Geflüchteten erhöhte Fluchtgefahr fest: Der Mann aus Syrien hält sich als „geduldeter“ Asylbewerber in Deutschland auf und hat im Kreis Tübingen keine festen sozialen Bindungen und – entgegen allen offiziellen Statistiken – keine Arbeitsstelle! Er war erst vor etwa einem Jahr aus dem Gefängnis entlassen worden, dort hatte er eine Haftstrafe wegen Raubes abgesessen. Auch wegen Ladendiebstählen und sexueller Nötigungen wurde

bereits gegen ihn ermittelt.

In rechtlicher Hinsicht wertet die Staatsanwaltschaft Tübingen die Tat als sexuellen Missbrauch von Kindern (§ 176 StGB) in Tateinheit mit sexuellem Übergriff (§ 177 StGB). Die Staatsanwaltschaft hält hierbei die Qualifikation des § 177 Absatz 5 StGB (sexuelle Nötigung) und des § 177 Absatz 7 StGB aufgrund des „Bei-Sich-Führens eines Ausbeinmessers“ beinhaltet für gegeben. Insgesamt drohe dem Angeklagten eine Freiheitsstrafe von 3 bis zu 15 Jahren.

Dass er tatsächlich wieder in den – meist offen vollzogenen – „Maasregelvollzug“ einrücken muss, ist wohl angesichts der deutschen Rechtsprechung gegenüber „Schutzbedürftigen“ so wahrscheinlich wie die sprichwörtliche Nadel im Heuhaufen.



Entwaffnend – Gockel schießt den Vogel ab!

Von MAX THOMA | In „bester Verfassung“ zeigte sich am Mittwochabend AfD-Befürworter Hans-Hermann Gockel dem staunenden öffentlich-rechten Millionenpublikum. Sandra Maischberger hatte zu später Stunde „Prominente“ zu „Die Wahljury: Wer gewinnt, wer verliert?“ eingeladen.

Für die FDP saß beispielsweise Ex-„Focus“-Chefredakteur Helmut

Markwort in der Runde. Der sogenannte „Armutsforscher“ Christoph Butterwege unterstützt die Linke und kandidierte nicht so erfolgreich für diese als „Bundespräsident“ – außerdem Schätzchen Uschi Glas für die CSU und bezeichnenderweise „Notruf“-Darsteller Tayfun Bademsoy für die arg gebeutelten Grünen.

Scharf geschossen, Gockel!

Jeder Studiogast sollte dabei die anderen treffsicher von seinem Votum überzeugen. Als die meisten ÖR-Zuschauer da bereits im Dämmer Schlaf versanken, schoss der ehemalige Sat.1-Moderator Gockel rhetorisch brillant aus der Hüfte: „Ich habe heute eine Waffe dabei!“

Der studierte Jurist gockelte nicht lange rum, sondern zog pfeilschnell das Grundgesetz aus seiner Jackettasche.

„Ich möchte Sie bitten, die AfD zu wählen, weil man heute nicht mehr unbewaffnet aus dem Haus gehen kann. Ich habe eine Waffe, von der ich bislang immer überzeugt war, dass sie mich schützt, aber da bin ich nicht mehr so sicher. Diese Waffe ist nämlich ... das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und das wird leider immer mehr verwässert. Ich hoffe, dass das Grundgesetz weiter Gültigkeit behält.“

Der Knaller: Eine Lanze für das Grundgesetz bei Maischberger

Danach widmete sich die Runde explizit der AfD. Warum unterstützt ein „seriöser Journalist“ wie Gockel diese Partei, spricht auf Veranstaltungen und veröffentlicht ein Buch mit dem Titel „Finale Deutschland“? Seine Antwort: „Wenn ich durch die Innenstadt von Bielefeld gehe, habe ich den subjektiven Eindruck, in Nord- oder Schwarzafrika zu sein.“ Armutsforscher Butterwege kommentierte: „Es hat mit Ihren Ressentiments im Kopf zu tun.“ Klar, ohne die millionenfach illegal importierte Armut in die deutschen Sozialsysteme wäre Butterwege selbst bald ein Fall für die Caritas.

Der stets souveräne Helmut Markwort hält nichts von markigen Nazi-Worten: „Es gibt in ganz Europa rechtskonservative Parteien – die werden sich nach ein paar Jahren zurechtfinden wie die früher gescholtenen Grünen.“ Eher schon in ein paar Tagen ...

Es mutet fast schon exotisch an, wenn ein Fernsehjournalist heute den Mut beweist, mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen und dieses verteidigt. In Zeiten, in denen unsere Verfassungsordnung von den Blockparteien Stück für Stück mit Füßen getreten wird und sogar der oberste Verfassungsrichter, der [SPD-nahe Andreas Voßkuhle](#), öffentlich zur Missachtung des Grundgesetzes aufruft. Man kann nur hoffen, dass der latente Verfassungsfeind Voßkuhle vom Verfassungsschutz hinreichend beobachtet wird. Es ist mittlerweile nicht auszuschließen, dass morgen früh die grauen Männer vom deutschen „Non-Intelligence-Service“ bei Gockel klingen, und sein schwarz-rot-goldenes Destillat der deutschen Leitkultur beschlagnahmen – ehe da der Hahn dreimal krähen kann.

Entwaffnend: Es muss sehr beängstigend für das marode System sein, wenn die AfD nun mit Recht und Ordnung droht.

Hier die ganze Sendung:

<https://www.youtube.com/watch?v=bnmD5Kq2Jag>



Deutschland hat HEUTE die Wahl!

(Gefunden auf [liveleak.com](https://www.liveleak.com))



Zeitung kritisiert Polizei, weil die „südländischen“ Verbrecher jagt

Von G00FY | Total irre! Mit Deutschland geht es offensichtlich immer mehr bergab: In Hildesheim fingen sich jetzt Polizei und Staatsanwaltschaft scharfe Rügen von der örtlichen Zeitung ein, weil sie einen „südländischen“ Verbrecher mit Phantombild jagen.

Was war passiert? Ein „Südländer“ hatte sich in einem Hildesheimer Penny-Markt die Taschen vollgestopft, ohne zu bezahlen. Als die Diebstahlsicherung an der Kasse auslöste, fand die 39-jährige Kassierererin im Rucksack des Ladendiebs mehrere Dosen Lebensmittel. Daraufhin quetschte der athletische „Südländer“ ihr die Hände derart schmerzhaft, dass sie loslassen musste. Der Täter flüchtete.

Klarer Fall von räuberischem Diebstahl und damit nach dem Gesetz ein Verbrechen, auf das mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe steht, sagt die Staatsanwaltschaft.

Nicht so für die Hildesheimer Allgemeine. Deren stellvertretender Chefredakteur Christian Wolters bejammert [in der Printausgabe](#) der Zeitung (in der [Online-Ausgabe](#) fehlt, aus welchem Grund auch immer, sein Autoren-Name), dass hier ein Mensch wegen eines „Fischdiebstahls“ (Dosen mit Makrelenfilets) unnötig an den Pranger gestellt würde. Es sei doch alles nicht so schlimm, muss man seinen Zeilen entnehmen, weil der zugefügte Schmerz ja folgenlos geblieben sei.

Außerdem, so schwurbelt der verständnisvolle Spitzenschreiber, sei der polizeiliche Aufwand „wegen drei Dosen Fisch“ unangemessen hoch: Tatorteinsatz der Polizei, Sachbearbeiter bei der Kripo, Zeugeneinvernahme, Polizeizeichner, Staatsanwaltschaft, Öffentlichkeitsfahndung, Richter, Pressemitteilung – das sei einfach zu viel des rechtsstaatlichen Guten. Auf die Idee, dass der „Flüchtling“ sein Gastrecht auf das Übelste missbraucht und damit verwirkt hat, dass er vielleicht weitere Verbrechen plant und verübt, wofür das polizeiliche Vorgehen spricht – darauf kam der journalistische Gutmensch natürlich nicht.

Kein Wunder, wenn sich solcherart Wohlfühlklima weltweit herumspricht. Nicht von ungefähr ist die beschauliche Welterbestadt Hildesheim, die sich sogar um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2015 bewirbt, zum terroristischen Hotspot von schwerem Kaliber geworden. Hier fühlte sich der terroristische Massenmörder Anis Amri wohl und besuchte eine Hass-Moschee, bevor er die unschuldigen Menschen auf dem Berliner Weihnachtsmarkt mit einem LKW totwalzte. Hier fand der bundesweit berühmte Radikal-Prediger Abu Walaa sein Publikum, bevor er verhaftet wurde und bald vor Gericht steht. Dieser galt bis zu seiner Verhaftung als Kopf der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in Deutschland und soll Anschlagpläne gesteuert haben ([PI-NEWS berichtete](#)).

[Und hier überfielen dieser Tage](#) zwei „13-jährige“ Kinder eine Studentin und pressten ihr unter Gewaltandrohung (u.a. Elektroschocker) zehn Euro ab. Alles halb so schlimm?

Die Hildesheimer Allgemeine muss sich fragen, ob sie mit ihrer irren Logik den Werteverlust in ihrer Stadt weiter beschleunigen will, wenn sie den staatlichen Strafverfolgern dermaßen in den Rücken fällt. Das geht dann mindestens mit einem weiteren Leserschwund einher, mit dem das Monopolblatt seit Jahren stark zu kämpfen hat.

Kontakt:



Christian
Wolters

Hildesheimer Allgemeine

Christian Wolters (stellv. Chefredakteur)

Tel.: (0 51 21) 1 06 -3 13

Fax: (0 51 21) 1 06 -2 41

E-Mail: cwo@hildesheimer-allgemeine.de



Pforzheim: Eltern in Sorge wegen nackten Afrikaners vor Grundschule

Von PI-PFORZHEIM | Im Umland des extrem bereicherten Pforzheim im beschaulichen Baden-Württemberg spielt sich zur Zeit eine Posse der besonderen Art ab. Ein 22-jähriger abgelehnter Scheinasylant aus Gambia läuft nackt durch den Ort direkt an einer Schule in Niefern-Öschelbronn vorbei. Die einheimischen Eltern sind über so viel afrikanische Folklore besorgt. Anwohnern gegenüber zeigt sich der Gast von Frau Merkel körperlich extrem aggressiv. Auch musste der Asylbetrüger schon mehrmals aus der örtlichen Bank mit Polizeigewalt geholt werden, da er dort gewalttätig mehr Geld von der deutschen Bevölkerung forderte.

Aus dem Landratsamt, wo er nach verbalen Auffälligkeiten bereits Hausverbot hatte, musste er Mitte Juli mit Polizeigewalt entfernt werden, weil er handgreiflich wurde. Nach seinem unbekleideten Ausflug jetzt wurde er vorübergehend in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Eine dauerhafte Lösung in diesem Fall zeichnet sich aber nicht ab. Da die Behörden im Merkel-Deutschland des Jahres 2017 absolut hilflos und extrem machtlos gegenüber den aggressiven und gestörten Asylforderern aus Afrika ist, hat vor Ort und im Internet eine heiße Diskussion über Merkels Asylflutung mit Millionen von „Goldschätzen“ aus aller Welt ausgelöst.

Die [Pforzheimer Zeitung berichtet in ihrer Online-Ausgabe](#) von drei zentralen Fragen der einheimischen Bevölkerung:

[...]

„Warum setzt man ihn nicht einfach in den Flieger zurück nach Afrika?“

Der Gambier, der seit 2013 hier sei, habe „ein massives Drogenproblem, gepaart mit ernsthaften seelischen Problemen“, sagt Katja Kreeb, Sozialdezernentin des Enzkreises. Aus humanitären und völkerrechtlichen Gründen könne man ihn nicht zurückführen. Er sei deshalb hier in der Anschlussunterbringung, obwohl sein Asylantrag bereits abgelehnt worden sei. Den rechtlichen Vorgaben entsprechend, werde seine Duldung immer wieder verlängert. Außerdem seien Länder wie Gambia problematisch, so Kreeb: „Ohne Papiere kriegt man in afrikanische Länder kaum jemanden zurückgeführt.“ Und die habe er nicht.

„Warum wird er hier nicht einfach weggesperrt?“

Nackt spazieren zu gehen, sei keine Straftat, so die Polizei. Die kann den Mann dann nur vorübergehend in Gewahrsam nehmen, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Vor einer Haftstrafe müsste er rechtskräftig für eine Straftat verurteilt werden. Erfahrungsgemäß muss bei Vergehen wie Drogenhandel, Widerstand gegen die Staatsgewalt oder Beleidigung aber erst einiges zusammenkommen, ehe dies geschieht. Ob eine Strafsache gegen den Gambier anhängig ist, ist dem Landratsamt nicht bekannt. Eine dauerhafte Einweisung in die Psychiatrie müsste ein Amtsarzt vornehmen. Und das sei nicht zu erwarten. Die rechtlichen Hürden dafür seien hoch. „Da gibt's weitaus schlimmere Fälle, was eine mögliche Eigen- oder Fremdgefährdung angeht“, weiß Katja Kreeb. Gleichwohl sagt sie: „Der Mann bräuchte eine passende Therapie.“ Unwahrscheinlich, dass er die bekommt, denn zum einen gebe es viel zu wenig Plätze. Zum anderen spreche der Mann nur schlecht Deutsch. Und die Therapie basiere auf Freiwilligkeit. Auch bei einem stationären Drogenentzug bräuchte man die Mitwirkung des Mannes.

„Warum wird in so einem Fall nicht konsequent durchgegriffen? Welche Stelle hat da versagt?“

Spricht man mit den involvierten Stellen, zeichnet sich eine

gewisse Hilflosigkeit ab, weil jede für sich an Grenzen von Recht und Kompetenzen stößt. Jeder habe seinen Spielraum ausgeschöpft, sagt Katja Kreeb: „Es gibt keine Versäumnisse und kein Versagen einzelner Stellen. Denn es gibt für solche Fälle gar keine klassischen Zuständigkeiten.“ So sei eigentlich während der Anschlussunterbringung die Gemeinde für den Mann zuständig und nicht mehr das Landratsamt. Trotzdem kümmere man sich im Rahmen der Sozialbetreuung des Kreises weiter um ihn, so Kreeb. Eine spezielle Einrichtung für Problemfälle unter den Flüchtlingen gebe es im Kreis nicht. Für die Beschaffung der Papiere und die Rückführung sei das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig, sagt Kreeb. Die Einflussmöglichkeiten des Landratsamts, den Fall zu beschleunigen, seien aber gering.

Der unglaubliche Vorgang zeigt das totale Staatsversagen in Merkel-Deutschland. Immerhin ist die Stimmung in Öschelbronn aufgeheizt und die Bevölkerung wagt es endlich, öffentlich die irre Asylflutungspolitik der Kanzlerin zu hinterfragen. Bleibt zu vermuten, dass dort in Öschelbronn die AfD am Wahlsonntag neue Rekorde einfahren wird.



Warum ich die AfD wähle! (51)

Von ECKEHARD | Ich, Jahrgang '70, bin Vater von drei Kindern. Morgens verlasse ich früh das Haus, fahre zur Fabrik und komme

elf Stunden später wieder nach Hause. Ein langer Tag folgt auf den nächsten... Es ist manchmal schwer – aber notwendig. Meine Kinder sollen schließlich eine Zukunft haben, die Chance auf einen Hochschulabschluss. Und sie sollen einen Platz zum Leben finden an dem es sicher ist, einen Platz, den sie lieben – einen Platz der Freiheit, den man wohl Heimat nennt.

Als Helmut Schmidt Bundeskanzler war, da waren diese Wünsche eher bescheiden und nicht der Rede wert. Heute rechne ich nicht mehr damit ... Moment, habe ich das gerade geschrieben? Ich rechne also nicht mehr damit, dass meine Kinder eine Zukunft haben? Das liegt wohl daran, dass es so offensichtlich ist: Keine der heute im Bundestag vertretenen Parteien kann sich auf eine Obergrenze von Flüchtlingen festlegen. Dabei wäre diese Zahl doch so wichtig.

Wenn man bedenkt, dass ca. drei Milliarden Menschen auf diesem Planeten mit harter Arbeit weniger verdienen als Deutschland an Menschen verschenkt, die Nichtstun als eine echte Alternative zur Arbeit verstehen, dann schwant mir Übles.

Hinzu kommt, dass eine Einreise ohne Ausweispapiere jederzeit möglich ist, aber eine Abschiebung ohne Ausweis definitiv ausgeschlossen werden kann. Dass es trotzdem 200.000 ausreisepflichtige Menschen gibt, ist mir ein Rätsel. Selbst wenn diese vergessen haben, ihren Ausweis bei Grenzübertritt zu vernichten, wäre es doch jederzeit möglich, sich zum Schein taufen zu lassen. Darauf stünde in ihrer islamischen Heimat die Todesstrafe und ein dauerhaftes Bleiberecht wäre garantiert.

Zerbricht unser Sozialsystem, zerbricht auch unsere Gesellschaft

Doch nun zurück zur wichtigsten Frage aller Fragen: Wie viele Menschen kann Deutschland aufnehmen bis das Sozialsystem kollabiert? Das ist eigentlich eine ganz leichte Rechenaufgabe für einen Finanzminister, der schon jetzt auf den Cent genau

sagen kann, wie viele Steuermilliarden nächstes Jahr in die Staatskasse fließen. Gehen wir davon aus, dass diese Zahl den Herrschenden vorliegt. Wenn unser Sozialsystem zusammenbricht, dann zerbricht unsere Gesellschaft. Hunger und Not schaffen Gewalt. Aus Gewalt entsteht Krieg. Dann sind wir dort angekommen, worauf wir gerade sehenden Auges hinsteuern.

Die Armut der Welt wurde von uns zwar weder besiegt noch gelindert, aber alles, was wir aufgebaut haben, liegt in Trümmern. Wir fangen wieder ganz von vorne an. Wie damals 1945 – mit dem Unterschied, dass es nicht die Rechten waren, sondern die Linken.

Eine Demokratie lebt dort, wo rechte und linke Parteien debattieren – sich kontrovers auseinander setzen. Damit wird sichergestellt, dass sich ein gesundes Gleichgewicht einstellt. Dieses ist aus der Balance geraten. Merkel hat in den letzten Jahren systematisch linke Positionen besetzt und damit SPD, Grüne und sogar die Mauerländer-Partei am linken Rand zerquetscht.

Es geht um die Zukunft unserer Kinder

Niemand traut sich rechts zu überholen und so wird das Ungleichgewicht immer größer. Wie damals in der DDR gibt es quasi keine politische Auseinandersetzung mehr. Verschärfend kommt hinzu, dass die Medien dazu verdammt sind, diesen Parteienblock zu unterstützen. Tun sie es nicht, dann verlieren die Mitarbeiter möglicherweise ihren Arbeitsplatz (wenn die AfD ihnen die sieben Milliarden Euro Zwangsgebühren wegnimmt). Auch wenn ich damit einige Leser erschrecke: Man sollte den Journalisten einen Notausgang zeigen und ihnen die Hand reichen!

Selbst wenn ich nicht mit der AfD einverstanden wäre, würde ich nicht auf die Idee kommen, mein Kreuz an einer anderen Stelle zu setzen. Es geht um die Zukunft unserer Kinder, die gerade von einer kinderlosen Frau „alternativlos“ vernichtet

wird.

(Wählen Sie auch die AfD? Dann schreiben Sie uns warum! Die besten Einsendungen wird PI-NEWS hier veröffentlichen. Mails unter Betreff: „Warum ich die AfD wähle!“ schicken Sie bitte an: info@pi-news.net)



Brüssel: Nicht-EU-Land Norwegen soll mehr Afrikaner nehmen!

Von CHEVROLET | In Brüssel müssen die Nerven wohl blank liegen: Immer mehr Eindringlinge, zuletzt in ungeheurer Zahl aus Afrika, und niemand (außer Merkel) will sie wirklich haben. Die Visegrad-Staaten, allen voran Ungarn und Polen, weigern sich aus Klugheit hartnäckig Moslems und Schwarze aufzunehmen, und auch die anderen Staaten der EU zeigen wenig Begeisterung dafür, sich auf EU- und Merkel-Anordnung komplett zerstören zu lassen, indem „Flüchtlinge“ aus Griechenland, Italien und neuerdings Spanien „übernommen“ werden.

Das, und die Forderung des UNHCR an die EU noch viel mehr „Flüchtlinge“ aufzunehmen, bereitet Dimitris Avramopoulos, dem EU-Einwanderungskommissar, der sinnigerweise aus Griechenland

kommt, Probleme. In einem neuerlichen Brief wandte er sich an die EU-Regierungen, möglichst viele der 40.000 Neger zu übernehmen. Und der Brief hatte noch einen weiteren Adressaten: Norwegen. Norwegen ist bekanntlich – und aus guten Gründen – kein EU-Land!

Die Norweger sollten „möglichst viele“ Quotenflüchtlingen aus Libyen und anderen Ländern in der Region aufnehmen, bittet Avramopoulos geradezu, wie die norwegische Zeitung „[Dagbladet](#)“ berichtet. Besonders gehe es um die Aufnahme von Personen aus Nordafrika und vom Horn von Afrika (also Somalia, Eritrea, Sudan).

Erst Ende 2015 hatte Norwegen deutlich gemacht, dass es nicht mehr, sondern weniger Fremde aufnehmen wolle und die Asylgesetze verschärft. Die Wartezeit für eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung wurde von drei auf fünf Jahre erhöht. Für eine eventuelle Familienzusammenführung muss der Eingewanderte nun ein höheres Jahreseinkommen nachweisen und mindestens vier Jahre im Land studiert oder gearbeitet haben. Die zuständige Ministerin Sylvi Listhaug sagte damals, Norwegen solle „weniger attraktiv für Menschen werden, die nicht wirklich Asyl bräuchten“. Es sieht also eher danach aus, als hätte Dimitris Avramopoulos ziemlich schlechte Karten bei den Norwegern mit seinen dreisten Forderungen.